



AMT:	1
Sachgebiet:	10
Vorlagen.Nr.:	001/2011
Datum:	11.01.2011

Sitzungsvorlage an den

Finanzausschuss	20.01.2011	öffentlich	zur Vorberatung
Stadtrat	27.01.2011	öffentlich	zur Entscheidung

Kitzingen, 11.01.2011	Mitzeichnungen:	Kitzingen, 11.01.2011
..... Amtsleitung	 Oberbürgermeister

Bearbeiter:	Herbert Müller	Zimmer:	6
E-Mail:	herbert.mueller@stadt-kitzingen.de	Telefon:	09321/20-1005
Maßnahme:	Beginn:	Ende:	

Sozialstationen im Landkreis Kitzingen;
Finanzierungsbeteiligung der Stadt Kitzingen

Beschlussentwurf:

Die Stadt Kitzingen leistet für die Jahre 2011 bis 2013 einen Zuschuss in Höhe 1,00 €/Einwohner an die Sozialstationen.
Die entsprechenden Mittel in Höhe von 20.688 € werden im Haushalt 2011 (Hst. 4700.7000) bereitgestellt.
Die Einstellung der folgenden Jahre erfolgt aufgrund der aktuellen Einwohnerzahl.

ALTERNATIVE

Die Stadt Kitzingen leistet im Jahr 2011 einen Zuschuss in Höhe von 1,00 €/ Einwohner an die Sozialstationen.
Die entsprechenden Mittel in Höhe von 20.688 € werden im Haushalt 2011 (Hst. 4700.7000) bereitgestellt.

Sachvortrag:

In den Jahren 2002 bis 2004 hat der Stadtrat der Stadt Kitzingen beschlossen, die beiden Sozialstationen in Kitzingen mit 1 € pro Einwohner zu bezuschussen.

Für die Jahre 2005 bis 2007 wurde seitens des Stadtrates ein Zuschuss in Höhe von 0,80 € je Einwohner beschlossen. In den letzten Jahren wurde der Zuschuss wieder auf 1,00 € pro Einwohner festgelegt.

Der Antrag des Caritasverbandes für den Landkreis Kitzingen e.V. (Anlage 1) sowie der des Diakonischen Werkes (Anlage 2) liegen vor. In diesen wird auch wieder auf die schlechten Rahmenbedingungen hingewiesen.

Die Verwaltung spricht sich trotz der angespannten Haushaltslage weiterhin für einen Zuschuss in Höhe von 1,00 € je Einwohner aus.

Darüber hinaus ist die Verwaltung der Auffassung, den Zuschuss mit Blick auf die Planungssicherheit der Sozialstationen für die Jahre 2011 bis 2013 festzulegen.

Die obligatorische Nachfrage bei den Nachbargemeinden wurde in diesem Jahr bewusst ausgelassen, da nach Ansicht der Verwaltung es eine politische Entscheidung ist, in welcher Form die Sozialstationen unterstützt werden und nicht anders ausfallen würde, wenn beispielsweise eine Nachbargemeinde den Zuschuss reduziert oder erhöht.

Anlagen:

Anlage 1: Antrag des Caritasverbands für den Landkreis Kitzingen vom 16.11.2010

Anlage 2: Antrag der Diakonie vom 14.12.2010